

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 23

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

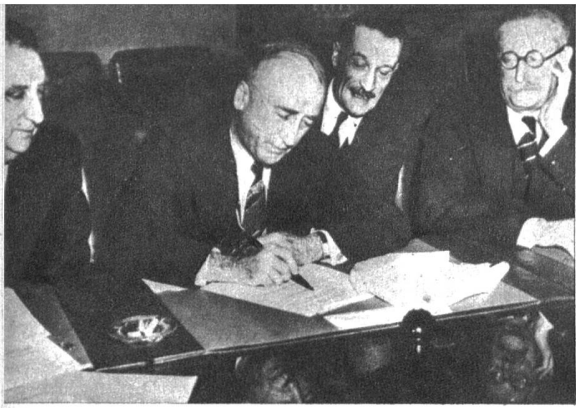
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



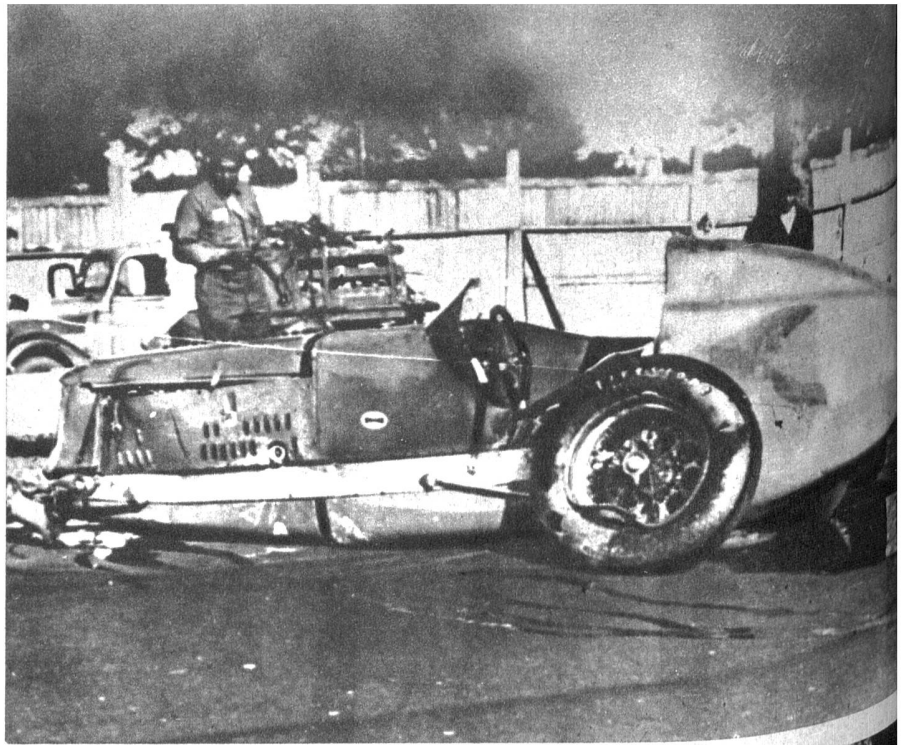
Amerikas Hilfe an Frankreich

Byrnes (Mitte) unterzeichnet und Blum (ganz rechts) schmünzelt. Der frühere Ministerpräsident Frankreichs, Leo Blum (rechts), hat von den Vereinigten Staaten einen Kredit von insgesamt 1 370 000 000 Dollars erwirkt, nebst der Streichung der Kriegsschuld Frankreichs in der Höhe von 1800 Millionen Dollars. (ATP)



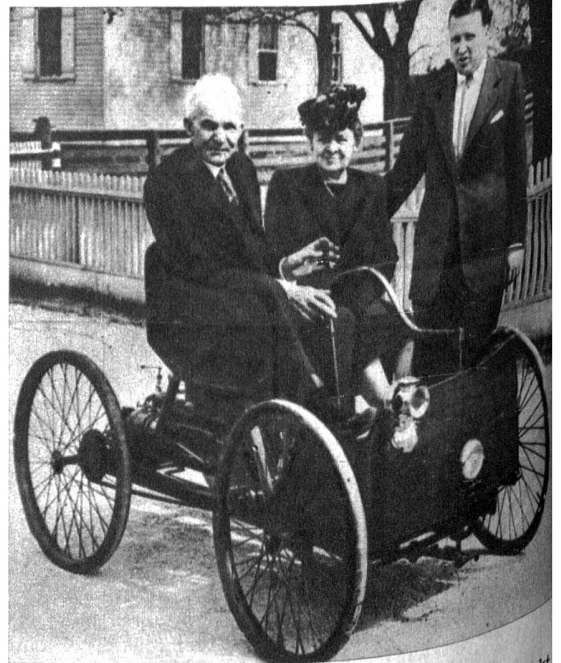
Abdullah der Grosse — der „jüngste“ König der Welt

Dieser Tage fand in Amman, der Hauptstadt Transjordanien, die Krönung Emir Abdullahs zum König von Transjordanien statt. Die Feierlichkeiten wickelten sich in einem echt pompösen, orientalischen Rahmen ab. Nach der Krönungszeremonie nahm der Herrscher eine Parade der arabischen Legion auf dem Flugplatz Marka ab. — Unser Bild zeigt während der Parade, von rechts nach links: Emir Abdul Illah, Regent von Irak; König Abdullah, der Grosse, Herrscher von Transjordanien; Emir Tallal, sein Sohn, Kronprinz von Transjordanien; hinter ihm sein Bruder, Emir Naif. (Photopress)



Mit seinem Mercedes-Benz-Rennwagen ist der bekannte Rennfahrer Rudi Carraciola auf der Automobilrennbahn von Indianapolis bei einer Trainingsfahrt schwer verunglückt und lebensgefährlich verletzt worden. Unser Bild zeigt das seiner Vorderachse ledig gewordene Fahrzeug.

Rechts: Vor genau 50 Jahren, also 1896 hat der spätere «Automobilkönig» das erste Automobil gebaut, das sich übrigens nicht wesentlich von den von Benz und von Daimler schon zehn Jahre zuvor in Europa entwickelten Kraftfahrzeugen unterschied. In der Zwischenzeit hat aber Ford zufolge seiner rationellen Arbeitsmethoden für die Amerikaner einen gewaltigen Vorsprung herausgeholt. Unser Bild zeigt ihn zusammen mit seiner Gattin und seinem Nachfolger, Henry Ford II, mit seinem noch heute fahrenden 1896er Modell. (ATP)



Auch der schwarze Markt kann allzu bunt betrieblen werden! In Foggia wenigstens, an der Linie Bologna-Bari, ist es zu einer furchtbaren Schlägerei gekommen, bei der man 18 Verletzte und sogar ein Todesopfer beklagen musste. Grund: Armen Soldaten ist es zu unheimlich geworden, mit ihren Rationierungsmarken auf normalem Wege keine Lebensmittel zu bekommen. Sie nahmen, als sie einige Schwarzhändler erwischten, diesen ab, was sie von ihnen herausbekommen konnten und zahlten ... mit den Fäusten. Dann wurde das Rationierungsbüro gestürmt und der Vorrat an ... ohnehin nutzlosen Rationierungsausweisen vernichtet. Unser Bild hält gerade eine «Abrechnungsszene» fest. (ATP)

Der Drehorgelmann ist ein ehemaliger Regierungsrat. Natürlich handelt es sich um eine Wohltätigkeitsveranstaltung und ebenso natürlich findet sie in Basel statt. Denn nur dort bringt man so viel Humor auf, um die leidenden Kinder Europas und für die überlebten Mütter kinderreicher Familien im Zeichen des Schweizerischen Roten Kreuzes eine «Müss» aufzuheben, an der sich alle Gesellschaftskreise beteiligen und wo die Prominenten der Stadt die aussergewöhnlichsten Rollen übernehmen. Bei dieser Messe auf Petersplatz, einem reichlichen Bazar mit vielen Erlösungstätigkeiten, dreht der ehemalige Regierungsrat Dr. Ludwig für die bedürftigen Kinder ins Aufgestellte Kässeli falls was natürlich in Massen Zutritt. (ATP)



frühere französische Ministerpräsident und Bundespräsident Charles de Gaulle ist in Genf (beim Beau Rivage) eingetroffen, um der kirchlichen Feier seiner Nichte, Tochter seines Generalkonsuls Xa de Gaulle, mit dem Schweizerischen Studentenwohnheim. (ATP)

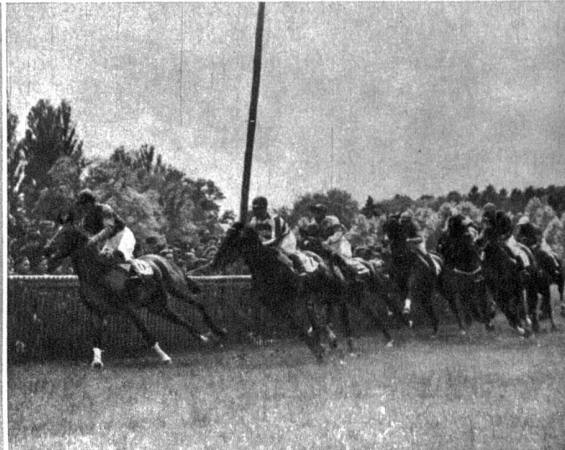


Unter der Führung ihres Leiters, Rektor Josef Schmitt (in Priestertum), sind mit dem Arlberg-Express in Zürich-Enge 22 Wiener Sängerknaben, die weltbekannten Wiener Sängerknaben, eingetroffen. Während ihres Schweizeraufenthaltes sind die Wiener Buben, die mehrere Konzerte geben, bei ihren schweizerischen Freunden untergebracht.

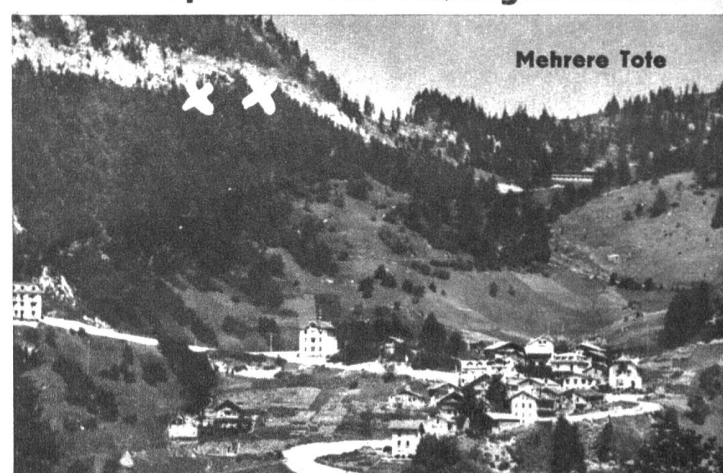


Links: Entscheidungsspiele der Fussball-Meisterschaft. FC Zürich gegen FC Bern 0:1. Die Berner reklamieren Offside beim Durchbruch eines Zürcher Stürmers. Im nächsten Moment stoppt der Schiedsrichter den Regelverstoss. (Photopress)

Rechts: An den Rennen in Morges eroberte sich der französische Jockey Romagnoni mit dem bis heute überhaupt nie hervorgetretenen Qui-Cao einen klaren Sieg vor seinem Landsmann Lemée, der Antiquaire auf den 2. Platz ritt. Unser Bild zeigt das prächtige Rudel bei der ersten Passage. (ATP)

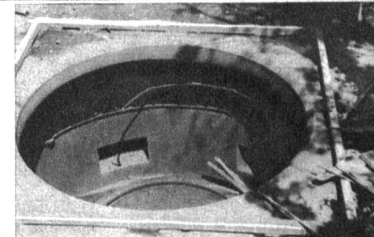


Schwere Explosion in der Festung St.-Maurice



Mehrere Tote

In der Nacht vom 28./29. Mai ereignete sich im Fort Dailly der Festung St-Maurice ein schweres Explosionsunglück. Ein Munitionsmagazin explodierte, nachher ein zweites. Zehn Arbeiter, die in den Anlagen beschäftigt wurden, fanden den Tod. Eine Mannschaftskaserne, die 600 Mann Unterkunft bot, ging vollständig in Trümmer.



Unser Bild: Blick auf das Dorf Morcles, das in der Nacht zum Mittwoch vollständig geräumt werden musste zufolge weiterer Explosionsgefahr in den unmittelbar oberhalb des Fleckens gelegenen Festungsanlagen, wo sich das Unglück ereignete (mit zwei xx bezeichnet). (Photopress)



Oben: Die Verschaltung eines Panzerturms, dessen Kuppel durch die Explosion weggeschleudert wurde. — Unten: Kuppelaufbau des Panzerturms, welcher mit dem Geschütz einige Dutzend Meter vom Standort weggeschleudert wurde. (ATP)

In Begleitung von Generalstabschef Oberstkörpskommandant de Montmollin besuchte Bundespräsident Dr. Kobelt die Unglücksstellen im Fort Dailly und sprach nachher den Familien der Todesopfer das Beileid des Bundesrates, der Armee und des ganzen Schweizervolkes aus. Unser Bild zeigt den Magistraten in St-Maurice. (ATP)

POLITISCHE RUNDschau

Die notwendige Bremse

-an- In Bern tagten *Delegierte der zehn grössten bernischen Gemeinden* und berieten eine *Eingabe an den Bundesrat*, welche die *Einschränkung der Fabrikbauten* verlangen soll. Der schweizerische *Städteverband* soll sich gutem Vernehmen nach mit ähnlichen Vorstössen befassen und ähnliche Forderungen stellen oder Anregungen machen.

Der naive Bürger, der noch nie etwas von «Konjunkturgefahren» gehört hat, argumentiert natürlich, dass man verdienen müsse, wenn die Gelegenheit vorhanden sei, und als Privatmann denkt er, wenn es heute jeder so mache, könne man in zehn Monaten oder irgendwann, sobald die Geschäfte nicht mehr gut laufen werden, aus dem Leben, was man heute verdient habe. Muss man diesem Privatmanne sagen, dass die Eingabe der zehn grössten Berner Gemeinden gerade das im Sinne habe? Sie wollen die Industrie anhalten, die vorhandenen Anlagen auszunutzen und wirklich zu «verdienen» — und sie wollen sie verhindern, ihren heute grossen Kredit zu überspannen und sich durch die Neubauten, die doch auch rentieren sollten, so zu verpflichten, dass sie später daran ersticken. Natürlich gibt es noch etwas anderes, was den grossen Gemeinden am Herzen liegt: Sie möchten, dass *heute in erster Linie die Wohnungsnot behoben werde*, dass also das Baugewerbe sich für die Herstellung neuer Wohnungen, 13 000 jährlich, einsetze. Es sollte unter keinen Umständen so herauskommen, dass eine Aktiengesellschaft, «koste es was es wolle», baue und sich «überbaue», während schliesslich für den Hausbau Material und Arbeiter fehlen würden.

Denselben Sinn hat der *Entwurf eines Bundesratsbeschlusses, welcher die Bewilligungspflicht für alle Bauvorhaben mit einer Bausumme von über 30 000 Fr. einführen will*. In einem 2. Entwurf ging man sogar auf 20 000 Fr. hinunter. Mit andern Worten: Es könnten auch Fabrikbauten, die so viel kosten würden, in Frage kommen. Wer nicht «juristisch denkt», merkt beim ersten Lesen gar nicht, dass die Behörden hier eine Wohnbauförderung im Sinne haben. Er fürchtet schon, «z'Bärn» würden Pläne gemacht, um ihm am Ende die Erstellung eines Einfamilienhäuschens zu verbieten. Wäre es wohl nicht möglich, derlei Pläne weniger formalistisch getarnt bekanntzugeben, damit das Volk weiss, was eigentlich gewollt ist?

Denn schliesslich sind den Behörden, wenn sie die Gefahren der heutigen Konjunktur beschwören wollen, auch noch andere Aufgaben gestellt, als nur gerade die übermässige Erweiterung der Fabrikanlagen im Lande zu verhindern. *Es wird auch ohne das gewaltig verdient im Lande* — weniger in der Beamtenstadt Bern als etwa in der Geschäftstadt Zürich. Daraus ergibt sich eine *Kapital-Akkumulation ungewöhnlichen Ausmasses*, und bei längerer Dauer der Lohnkonjunktur auch ein *Anwachsen der Konsumkraft, die inflatorisch wirken muss und entweder unserem Franken gefährlich werden oder die Vorbedingung eines spätern schweren Preiszusammenbruchs bilden muss*. Man ist gespannt, *welches Echo diese Dinge in der eben eröffneten Junisession der eidgenössischen Räte finden werden*.

Teilung Deutschlands

Es ist in der Tat so weit, wie man es kommen sah: Deutschland, der Rest des Reiches, wie es vor Hitler bestand, wird von den beiden Siegergruppen «auseinanderregiert», und wenn auch kein Teilungsvertrag wie vor 170 Jahren über Polen, dem staatlichen Eigendasein Deutschlands den Garaus macht, es gibt heute schon «zwei

deutsche Gebiete», die den Zusammenhang untereinander verlieren, falls es längere Zeit so weitergeht. Man kann dabei nicht einmal behaupten, dass die Russen oder die Angelsachsen den Wunsch hätten, es so weit kommen zu lassen. Durchaus nicht! *Die Russen haben nicht im Sinne, das ostelbische Gebiet an sich zu reissen. Sie wollen nämlich das Ganze* — alles bis zum Rhein. Die andern aber haben auch keinen Appetit auf «Westelbien» — auch ihnen würde nur das Gesamtreich schmecken. Mit andern Worten: *Jeder hätte gern, dass das Reich beisammen bliebe, unter der Bedingung, dass es sich nachher dem eigenen Lager anschliesse!*

Nach dieser allgemeinen Feststellung lohnt es sich, einmal zu überlegen, was bisher von beiden Seiten geleistet wurde, um die Deutschen «pro-russisch» oder «westlich» zu stimmen. Denn darum muss es am Ende gehen. Die Russen haben schon vor Monaten damit aufgetrumpft, in ihrem Sektor herrsche kein Lebensmittelmangel. Mit der neuen Ernte würde überhaupt die Hungerkrise beseitigt sein. Ausserdem setzten sie die deutsche Wirtschaft in Gang, um ihre Erzeugnisse für den eigenen Wiederaufbau zu verwenden. Dabei haben sie anscheinend nicht rigoros darauf gehalten, dass alle «kriegswichtigen Betriebe» unterdrückt wurden. Es kam so weit, dass die Verbündeten beschlossen, *es müsse eine interalliierte Kommission in allen vier Zonen die bisher vorgenommenen Entwertungsmassnahmen auf industriellem Boden kontrollieren*. Worin auf die Russen sich weigerten, eine solche Kommission in ihrer Zone arbeiten zu lassen. Das war deutlich und liess die Amerikaner und Engländer erkennen, was «hinter dem eisernen Vorhang» gespielt werde.

Politisch haben ausserdem die Russen verstanden, auf ihrem Boden eine «Diktaturpartei» zu schaffen, die «sozialistische Einheitspartei», welche bei längerer Entwicklung im angefangenen Sinne die absolute Mehrheit der Stimmen hinter sich haben wird. Denn anders als etwa in der Tschechoslowakei «dirigiert» die Besatzungsmacht hier und wird alle Mittel anwenden, um das Land unter die Botmässigkeit der kommunistischen Organisation zu bringen. Die Kommunisten nun haben eine *eindeutige klare aussenpolitische Stellung bezogen: Absoluter Verzicht im Osten nach den Wünschen der Russen und Polen — Verteidigung jeden Quadratmeters Boden im Westen*, entschlossener Kampf um Ruhr und Saar. Und — als Propagandaparole für die Deutschen westlich der Elbe und Saale — «Einheitsstaat», Zentralregierung in Berlin, Kampf jedem Separatismus, ja, auch jeder Föderalisierung des Reiches.

Aus dieser Haltung der Kommunisten mag man die Absichten der Besatzungsmacht unschwer erraten. «Sowjetdeutschland» ist natürlich weder klug noch zeitgemäss — aber ein agrarpolitisch und industriepolitisch revolutionierendes Deutschland ist es doch, welches Moskau mit Hilfe der deutschen Parteigänger zu schaffen wünscht. Die «rote Zelle», die nachher als Magnet auf das übrige Reich wirken soll. Man hat es kommen sehen, und man wird noch deutlicher sehen, wie es kommt!

Das lange Zögern der Westmächte, diesen Absichten mit scharfen Massnahmen zu begegnen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch sie allerlei getan haben, um die ihrem Zugriffe nahen Deutschen in ganz bestimmtem Sinne zu beeinflussen, und zwar mit dem Ziele, sie zu echten Kindern der westlichen Welt, zu Demokraten und Europäern, zu erziehen. Zu Leuten also, die man ganz bestimmt nicht als Anhänger des russischen Systems betrachten dürfte. Man wird auch gar nichts an-

deres erwarten als die Absicht und Hoffnung, durch die Besetzung, die wirtschaftliche Hilfe, den Wiederaufbau ein neues Volk formen zu können, welches nicht dem «östlichen», sondern dem «atlantischen» Kreise zuneigen und eine «Barriere gegen Asien» werden würde.

Die Frage ist nur, ob die drei Mächte sich bisher genau bewusst gewesen, was sie taten, oder ob ihrem Tun nicht unheilvolle Widersprüche anhafteten. Ferner, ob sie nicht unter Uebelständen litten, mit welchen die Russen nicht rechnen mussten, oder die sie nicht mit der gleichen brutalen Entschlossenheit meisterten. Der *Hauptvorwurf*, der namentlich gegen die Amerikaner erhoben wurde, lautet, dass sie mit ihren bürokratischen Massnahmen nichts anderes organisiert hätten, als die — Desorganisation! Und zwar habe den Leuten vor allem ein merkwürdiger, wirklichkeitsfremder Dogmatismus einen bösen Streich nach dem andern gespielt. Es war ihnen beispielsweise bitter-ernst mit der Ausmerzungen der «Nazis», und je öfter sie von den Russen oder auch von den Kommunisten, den zurückgekehrten Emigranten, den Opfern der Konzentrationslager und den oder jenen zu kurz Gekommenen hören mussten, dass sie mit getarnten Nazis zusammen arbeiteten, um so häufiger bekamen sie Anfälle von «Säuberungsmanie», die sich alsdann gegen viele harmlose Mitläufer der Partei wandte. Aerzte wurden, obgleich Aerztemangel herrschte, zum Schuttwegräumen befohlen, unter Verbot, die Praxis weiter zu führen. Verwaltungsleute, die einmal in einer Nebenorganisation der Partei untergekommen waren, wurden ausgeschifft und durch Unfähige ersetzt. Den Russen wurde darum von der deutschen Linken das Zeugnis ausgestellt, sie wüssten viel besser, die wichtigen Parteielemente zu treffen und auszuschalten. Die Amerikaner aber und ebenso die Engländer und Franzosen liessen sich nur zu oft blenden. Sie liessen vor allem all jene Elemente ungeschoren, die Hitler aktiv geholfen, ohne dass sie als Pörs abgestempelt gewesen. Es werde «nach dem Buchstaben und nicht nach dem Geiste gesäubert».

Dazu kam nun, dass in den drei Westzonen, vor allem in der britischen und teilweise der amerikanischen, mit dem Frühjahr der Hunger einzog. Hier, so scheint es, wurde nicht genügend vorgesorgt, und in der Annahme, dass aus der «Kornkammer», aus Pommern und Brandenburg, so weit sie nicht den Polen ausgeliefert wurden, Zufuhren nach dem Westen stattfinden würden, stellten London und Washington nicht genügend und nicht zeitig genug Weizen und andere Dinge zur Verfügung. Es kam zu Hungerkrawallen in Hamburg und im Ruhrgebiet, und was andersorts geschehen, wurde wohl nicht so eifertig in die Welt hinaus gemeldet wie die und jene andere Tatsache.

Die Frage, warum eigentlich die Russen nichts hinaus gelassen, ist schwer zu beantworten. Es ist vielleicht auch eine optische Täuschung, wenn man heute noch von der «grossen ostdeutschen Kornkammer» redet. Denn Ostpreussen, Westpreussen, Hinterpommern, Ober- und Niederschlesien sind ja vor fünf Vierteljahren Kriegsgebiet gewesen und haben in einem Masse gelitten, wie kein westdeutsches Gebiet ausser der untern Rheinprovinz von Aachen und Köln nordwärts. Aus den Ostgebieten sind die deutschen Bauern geflüchtet oder sind nachher vertrieben worden. Was an Vorräten übrig blieb, darauf griffen Polen und Russen. Diese «entdeutschen» Provinzen sind heute leer von Vorräten und liefern die erste Ernte für Polen, nicht für Deutschland. Sie machen ihrem Umfange nach mehr als die Hälfte der sogenannten Kornkammer aus und müssen aus der Rechnung fallen. Was bleibt denn noch übrig? Eben nur Brandenburg und Westpommern mit Mecklenburg und preussisch Sachsen. Thüringen und Sachsen (das alte Königreich), sind so dicht besiedelt und sind so voll Industrie, dass sie nicht als Lieferungsgebiet in Frage kommen können. Man muss dies feststellen, wenn den Russen vorgeworfen wird, sie sperrten die Zufuhren ab-sichtlich. Die Tatsache lässt sich eben nicht ableugnen,

dass die russische Zone sich vielleicht selber genügen wird, dass sie aber gar nicht die gewaltige Landmasse darstellt wie vordem, als die «Agrarier» des Ostens, die «ostelbischen Junker», noch den «Speicherschlüssel des Reichs» in Händen hatten.

Die eröffnete Gegenoffensive der Westmächte

begann mit der amerikanischen Verfügung, es sei der Abtransport der Reparationsmaterialien, welche den Russen zustehen, aus der amerikanischen Zone zu sistieren, bis Moskau bereit sei, die Grenze für Nahrungsmittellieferungen zu öffnen. Mit Recht behaupten die Russen, dass diese amerikanische Verfügung den Potsdamer Abmachungen widerspreche. Fünfundzwanzig Prozent aller Industriematerialien, die als «kriegswichtig» abmontiert werden sollen, gehören nach diesem Abkommen Russland.

Aber die Amerikaner können den Russen genau das gleiche vorwerfen. In Postdam war vereinbart worden, dass die Wirtschaft des Reiches eine Einheit bilden solle. Die Russen haben sie mit ihren Sondermassnahmen zerschlagen. Natürlich ist der Hauptgrund des amerikanischen Beschlusses nicht die Nahrungssperre. Sie wissen vermutlich gut genug, wie wenig die so arg reduzierte Kornkammer liefern könnte. Wahrheit ist, dass die Amerikaner auf die russische Weigerung, sich einer gemeinsamen «Abrüstungskontrolle» zu fügen, geantwortet haben. Gut gelesen, lautet das amerikanische Konzert: «Wir bedanken uns höflich dafür, den Russen, die für sich produzieren lassen, was ihr Herz begehrt, diesen Russen, die uns den Einblick in ihre geschäftigen Unternehmungen verwehren, obendrein die Beute auszuliefern, die wir im Westen gemacht haben!»

Aber für die Propaganda unter den Westdeutschen macht es sich sehr viel besser, wenn man ihnen sagt: «Seht, wir verzichten darauf, den Russen, die euch aushungern, obendrein noch die Maschinen auszuliefern, von welchen ihr leben könnt, falls wir sie euch lassen, so wie die Russen sie den Sachsen und Brandenburgern lassen...» Amerika bläst in seinen Gebieten bereits einen Teil der wirtschaftlich sinnwidrigen Abrüstungsmassnahmen ab und geht vermutlich dazu über, den Besiegten die gebundenen Hände zu lösen.

Das aber gibt jenen Parteien Auftrieb, deren Sympathien die Amerikaner geniessen, und die ihnen genehm sind: Den «Christlichen Demokraten», dieser Mittelstands-Sammelpartei mit den verschiedenen Namen und Bestandteilen, und den Sozialdemokraten. Die Kommunisten haben bei den Gemeindewahlen, entgegen allen Erwartungen, erstaunlich schlecht abgeschnitten. Die Sozialdemokraten stehen in zweiter Linie, haben da und dort, wie etwa in Frankfurt, die Mehrheit, müssen aber überall den «christlichen Demokraten» den Vortritt lassen. Beide aber sind scharfe Feinde des Kommunismus, sind vielfach Föderalisten, manchmal sogar Separatisten, aber noch nirgends einheitlich ausgerichtet.

Am 15. Juni werden die Aussenminister neuerdings in Paris zusammentreten und werden abermals die «Deutschlanddebatte» umgehen wie den heissen Brei — das heisst, die Russen wissen sie zu umgehen — und werden sich dabei auf einige neue Tatsachen stützen: Die französischen Wahlen haben die RMP an die erste Stelle gebracht, an Stelle der Kommunisten. Frankreich hat die amerikanische Milliarden-Anleihe in Dollars bekommen. Die langsame Erholung und Rechts-Entwicklung hat begonnen. Die «Radikalsocialisten», heute «aussen rechts», stehen wieder mit fast verdoppelter Wählerzahl da, und die Sozialisten stehen zwischen ihnen und den Kommunisten, deutlich geschwächt. Die Konstituante wird kaum wieder eine «verkappte Diktaturverfassung» liefern. Frankreich nähert sich dem Stadium, in welchem es für die Westorientierung, gegen die Russen, reif wird. Dem stehen aussenpolitisch heute noch die Saar- und Ruhr-Sonderpläne entgegen. Aber auch das kann sich wandeln.